

zu verstärken und zielt weder auf die Unterjochung noch auf die Erniedrigung irgend eines Volkes ab. Im Namen der höchsten Grundsätze der Gerechtigkeit hat das russische Volk die Fesseln gebrochen, die die polnische Nation ketteten. Es wird aber nicht dulden, daß sein Vaterland aus dem großen Kampfe erniedrigt oder in seinen Lebenskräften untergraben hervorgehe."

3. Unter den Begriffen „Sanktionen und Garantien“ eines dauerhaften Friedens verstand die provisorische Regierung die Herabsetzung der Rüstungen, internationale Gerichtshöfe usw.

Diese Erläuterung wird durch den Minister des Aeußern den Botschaftern der verbündeten Länder mitgeteilt werden.

### Der Verzicht auf die Eroberungspolitik

Diese Erläuterung zur Note der provisorischen Regierung vom 1. Mai, die so ernste Unruhen hervorgerufen hatte, wurde dem Vollzugsausschusse des Arbeiter- und Soldatenrates gestern abends überreicht, worauf der Vollzugsausschuß mit 34 gegen 19 Stimmen beschloß, die Aufklärungen der Regierung als befriedigend und den Zwischenfall als erledigt anzusehen.

Der Große Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten, der spät nachts geschlossen wurde, nahm sodann eine Resolution an, worin erklärt wird, die neue Note der Regierung an die Alliierten mache jeder Interpretation der Note vom 1. Mai in einem den Interessen und Forderungen der revolutionären Demokratie entgegengesetzten Sinne ein Ende.

Der Umstand, fährt die Resolution fort, daß die Frage des Verzichtes auf die Eroberungspolitik zum erstenmal zur internationalen Diskussion gestellt wurde, muß als wichtiger Sieg der Demokratie betrachtet werden.

Die Resolution schließt: Indem der Vollzugsausschuß seinen unerschütterlichen Willen erklärt, den Frieden nur unter diesen Bedingungen wiederherzustellen, appelliert er an die gesamte revolutionäre Demokratie Rußlands, sich eng um ihre Arbeiter- und Soldatenabgeordnetenräte zu scharen, und gibt der festen Zuversicht Ausdruck, daß die Völker aller kriegsführenden Länder den Widerstand ihrer Regierungen zu brechen wissen und sie zwingen werden, Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Verzichtes auf Annexionen und Kriegsenttächtigungen einzuleiten.

### Einberufung der Duma.

Die Duma ist für morgen, zum erstenmal seit der Revolution, zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden

### Maßnahmen gegen die blutigen Straßenausbreitungen.

Petersburg, 5. Mai. Infolge der gestrigen Unruhen hat der Vollzugsausschuß der Arbeiter und Soldaten einstimmig beschlossen, für zwei Tage jede Versammlung oder Kundgebung zu untersagen, jedermann, der eine bewaffnete Kundgebung hervorruft oder Schüsse abfeuert, als Verräter an der Sache der Revolution zu betrachten und die Entstehung der gestern in den Straßen von Petersburg erfolgten Schießerei durch den Rat der Arbeiter- und Soldatenvertreter untersuchen zu lassen.

Der Vollzugsausschuß läßt in den Straßen einen Aufruf anschlagen, worin die Bevölkerung zu Ruhe, Ordnung und Zucht aufgefordert und die Soldaten ermahnt werden, nicht mit Waffen auszugehen und nur gebührend kontrollierten Befehlen des Vollzugsausschusses zu gehorchen. Der Aufruf wendet sich auch an die Arbeiter und Soldaten mit der Empfehlung, Versammlungen und Kundgebungen nicht in Waffen beiwohnen.

## Der Kampf um die Macht in Rußland.

Vollständiges Zurückweichen der Regierung vor dem Arbeiter- und Soldatenrat.

Petersburg, 5. Mai. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Angesichts der Zweifel, die über die Interpretation der Note des Ministers des Aeußern entstanden sind, welche der Mitteilung der Erklärung der provisorischen Regierung vom 9. April über die Kriegsziele an die verbündeten Regierungen beigegeben war, hält es die provisorische Regierung für notwendig, folgende Erläuterung zu geben:

1. Die Note war Gegenstand einer langen und eingehenden Prüfung seitens der provisorischen Regierung und wurde einstimmig angenommen.

2. Es ist offensichtlich, daß diese Note, indem sie von entscheidendem Siege spricht, die Lösung der in der Erklärung vom 9. v. M. enthaltenen Probleme im Auge hat, die mit folgenden Worten auseinandergesetzt wurden: „Die Regierung hält es für ihr Recht und ihre Pflicht, schon heute zu erklären, daß die Ziele des freien Rußlands nicht die Herrschaft über andere Völker noch die Eroberung ihrer nationalen Güter noch die Besitzergreifung fremder Gebiete, sondern die Befestigung eines dauernden Friedens auf der Grundlage der freien Entwicklung der Nationen sind. Das russische Volk sucht nicht seine äußere Macht auf Kosten anderer Völker